

## Pressemitteilung

### GSSG warnt vor Kriminalisierung von Prostitution – Sexuelle Gesundheit braucht Rechte



Der Rote Schirm ist ein Symbol für die Rechte in der Sexarbeit. Dort drohen eisige Zeiten, wenn Gegner:innen ihre Verbotsforderungen durchsetzen. (Foto: Moppedisano)

**Köln, 14. Februar 2024** – Anlässlich des Valentinstages setzt sich die GSSG erneut für die Rechte von Sexarbeiter:innen ein. „Wissenschaftlich ist es längst erwiesen: wo Sexarbeit illegalisiert oder gar kriminalisiert wird, ist auch die sexuelle Gesundheit gefährdet“, betont GSSG-Stifterin Harriet Langanke. Die Sexualwissenschaftlerin forscht seit über zwanzig Jahren zur sexuellen Gesundheit von Prostitutionskunden.

Seit ihrer Gründung setzt sich die GSSG für die Rechte von Menschen ein, die sexuelle Dienstleistungen erbringen oder in Anspruch nehmen. Die allzu oft geforderten Prostitutionsverbote verwechseln, so Langanke, Sexarbeit mit Menschenhandel und sexueller Ausbeutung. Manche Prostitutionsgegner:innen seien überzeugt, etwas moralisch Richtiges zu fordern. Sie ignorierten jedoch, welche dramatischen Folgen solche Verbote für die sexuelle Gesundheit hätten, für die Beteiligten wie für die gesamte Gesellschaft. Wissenschaftlich valide Forschung<sup>1</sup>, die ein differenziertes Bild von Sexarbeit und den damit verbundenen Problemlagen zeichnet, werde von Prostitutionsgegner:innen nicht zur Kenntnis genommen.

Bis zum Jahr 2002 konnte Deutschland Erfahrungen mit einer stigmatisierenden gesetzliche Regelung machen. So lange wurde Prostitution als sittenwidrig betrachtet. Dann habe das damals neue Prostitutionsgesetz die rechtliche Anerkennung von Sexarbeit deutlich verbessert, erläutert Langanke: „Je weniger Stigmatisierung, desto besser die gesundheitliche Versorgung.“ Das belegen auch Erfahrungen aus anderen Ländern. „Nicht einmal in Schweden, wo die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen schon seit 1999 kriminalisiert wird, ist Prostitution verschwunden. Sie findet weiterhin statt, ist aber mit großer Stigmatisierung und erheblichen gesundheitlichen Risiken für die Beteiligten verbunden.“

Verbotsforderungen verschärfen, so Langanke, ein sexualfeindliches und paternalistisches Klima. „Sie erschweren die gesundheitliche Versorgung und passen nicht zu einer modernen und aufgeklärten Gesellschaft.“ Zudem führen Verbote zu steigenden Zahlen bei sexuell übertragbaren Infektionen.<sup>2</sup>

Statt sich für eine Kriminalisierung von Sexarbeit einzusetzen, gelte es, sexuelle Selbstbestimmung auch im bezahlten Sex zu fördern. „Das gelingt am besten mit einem auf Rechten basierenden Ansatz,“ sagt Langanke. Deshalb unterstütze die GSSG Lösungen, die gemeinsam mit den Beteiligten entwickelt werden. Peer-to-Peer-Programme, niedrigschwellige Beratungsangebote und Rechtssicherheit seien wichtige Bausteine, um die Arbeitsbedingungen in der Sexarbeit zu verbessern.<sup>3</sup>

#### Weitere Informationen und Literatur:

[www.stiftung-gssg.org/themen-projekte/sexarbeit/](http://www.stiftung-gssg.org/themen-projekte/sexarbeit/)

harriet.langanke@stiftung-gssg.org

1 BMG (Hrsg.) Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum Bundesmodellprojekt „Unterstützung des Ausstiegs aus der Prostitution“, 2015

2 Lucy Platt et al.: Associations between sex work laws and sex workers' health: A systematic review and meta-analysis of quantitative and qualitative studies; 2018; <https://journals.plos.org/plosmedicine/article?id=10.1371/journal.pmed.1002680&fbclid=IwAR3a4FCoixYqDBlymAKqD107nQFd7Jsv6bYkhr-idtjaX35avXU3MPfxhE>; <https://doi.org/10.1371/journal.pmed.1002680>

3 A Community Report on the Impact of the 199 Swedish Sex Purchase Act. [https://www.nswp.org/sites/default/files/20\\_years\\_of\\_failing\\_sex\\_workers.pdf](https://www.nswp.org/sites/default/files/20_years_of_failing_sex_workers.pdf)